

BUCHBESPRECHUNGEN

DAS ARBEITSRECHT IN DER LANDWIRTSCHAFT

In der Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, Herausgeber Prof. Dr. W. Abel, erschien vor kurzem als Heft Nr. 21 „Das Arbeitsrecht in der Landwirtschaft“ von Prof. Dr. W. Siebert, Göttingen/Heidelberg, mit Diskussionsbeiträgen von Fr. W. von Loewenstein und W. Lojewski. Verlag M. & H. Schaper, Hannover, Preis 7,30 DM.

„Außer der Gewerbeordnung und dem Handelsgesetzbuch gelten ferner nicht für die Landwirtschaft die Arbeitszeitordnung, die Freizeitordnung, das Jugendschutzgesetz und die meisten Verordnungen über die Erziehungsbeihilfen für Lehrlinge und Anlernlinge in der privaten Wirtschaft.“ Das sagt der Wissenschaftler Prof. Dr. W. Siebert in der Einleitung seines Referates auf der Frühjahrstagung 1957 der Agrarsozialen Gesellschaft in Bad Münster am Stein und kennzeichnet damit zugleich das Arbeitsrecht in der Landwirtschaft als ein „Recht“ mit vielen Ausnahmebestimmungen. In diesem Referat gab Prof. Siebert einen Überblick über das gesamte Arbeitsrecht in der Landwirtschaft, wie es in dieser Vollständigkeit nach dem Zusammenbruch bisher noch nicht geschehen ist. Schon allein deswegen sollte diese Schrift zum Bestand jeder Gewerkschaftsbibliothek gehören. Aber auch jeder, der sich mit Arbeitsrecht befaßt, sollte sie sich beschaffen. — Wer aber anschließend an das Referat die Diskussionsbeiträge zum Thema „Neuzeitliche Arbeitsverfassung in der Landwirtschaft“ sowohl des Arbeitgebervertreters von Loewenstein als auch des Vertreters der gewerkschaftlichen Seite, des Sachbearbeiters

für Arbeits- und Sozialrecht in der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, W. Lojewski, liest, wird noch mehr den Wert dieser Schrift erkennen. Während der Vertreter der Gewerkschaften sagt: „... Die Schwierigkeiten, die einer Beseitigung der heute noch bestehenden Ausnahmebestimmungen für die Landwirtschaft entgegenstehen, sind meines Erachtens überwiegend theoretischer Natur ... Die Landwirtschaft strebt nach neuen Formen, sie strebt nach einer konstruktiven, modernen Agrarpolitik. Eine konstruktive Agrarpolitik ist aber ohne eine gleichermaßen konstruktive Landarbeiterpolitik schlechthin nicht denkbar ...“, entgegnet der Arbeitgebervertreter: „... daß die Landarbeitsordnung nicht ersatzlos aufgehoben werden kann ...“ (Die Vorläufige Landarbeitsordnung aus dem Jahre 1919 ist noch heute gültiges Arbeitsrecht in der Landwirtschaft!) Wer diese Schrift gelesen hat, wird sich seine besonderen Gedanken machen über ein Arbeitsrecht, das in diese Zeit nicht mehr hineinpaßt! H. D.

KARL ERICH BORN STAAT UND SOZIALPOLITIK SEIT BISMARCKS STURZ

Ein Beitrag zur Geschichte der innerpolitischen Entwicklung des Deutschen Reiches 1890—1914. Wiesbaden 1957, Franz Steiner Verlag, 256 Seiten. (Band I der Histor. Forschungen der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, herausg. von den Professoren O. Brunner, P. Rassow, Jos. Vogt.)

Als preußischer Ministerpräsident und später als Reichskanzler hatte Bismarck sich für beträchtliche soziale Reformen eingesetzt. Wenn dabei christliche und patriarchalische Gesichtspunkte mitspielten, so hoffte Bismarck doch vor allem, dadurch die Arbeiter von der staatsfeind-

lichen Sozialdemokratie fernzuhalten oder diese Partei zu einer positiveren Stellung zum deutschen Obrigkeitsstaat zu veranlassen. Als er sich in diesen Erwartungen enttäuscht sah, wurde er zum Gegner weiterer sozialpolitischer Reformen. Wilhelm II. wies dann in zwei Erlassen vom Frühjahr 1890 den Kanzler bzw. die für sozialpolitische Angelegenheiten zuständigen preußischen Ministerien an, durch internationale Abmachungen und durch Gesetze im eigenen Staat die Gesundheit der Arbeiter zu erhalten, ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse und ihren „Anspruch auf Gleichberechtigung“ zu berücksichtigen.

Aber auch dem Kaiser ging es nicht um den Schutz der Arbeitnehmer um dieses Schutzes willen. Er glaubte zu jener Zeit lediglich, mit anderen Methoden als Bismarck, mit seinen eigenen Bestrebungen weiterzukommen. Zunächst begünstigte er den preußischen Handelsminister *Berlepsch*, der unter dem neuen Kanzler Caprivi und dann unter Hohenlohe ehrlich um weitere Sozialreformen bemüht war. Im Mai 1890 wurde die Novelle zur Gewerbeordnung beschlossen, die 1891 in Kraft trat und Verbesserungen auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes enthielt, in vielen Punkten aber, z. B. bezüglich des Streikrechtes, vom Arbeiterstandpunkt aus sehr unbefriedigend blieb. Auf örtlicher Ebene durften jetzt Gewerbegerichte gegründet werden, bestimmte Rechte von betrieblichen Arbeiterschüssen wurden gesetzlich anerkannt.

Schon 1894 aber kam der Kaiser von diesem Kurs ab. Von seinen nunmehrigen Ratgebern wurde eine sogen. Umsturzvorlage, eine Art neues Sozialistengesetz, ausgearbeitet. Er erwog außerdem, das in Preußen herrschende Dreiklassenwahlrecht auch im Reich einzuführen. 1896, nach vielen inneren Kämpfen, reichte *Berlepsch* sein längst fälliges Abschiedsgesuch ein. Immerhin hatte er die Genugtuung, daß im Reichstag durch das Zusammengehen von Sozialdemokratie, Zentrum und Freisinnigen die äußerst reaktionären Pläne des Kaisers gescheitert waren.

Die sozialpolitischen Aufgaben wurden jetzt dem zum Staatssekretär des Reichsamtes des Innern ernannten Grafen *Posadowsky* anvertraut. Dieser wurde auf dem Gebiet der Sozialpolitik nach einigen Jahren aus einem Saulus ein Paulus. Er fiel beim Kaiser in Ungnade und mußte seinen Platz dem späteren Reichskanzler *Bethmann-Hollweg* räumen. Doch sind auch in den Jahren 1899 bis 1908 eine Reihe sozialpolitischer Gesetze geschaffen und durchgeführt worden, so z. B. die obligatorische Einrichtung von Gewerbegerichten (1901), das Verbot der Arbeit für Kinder unter zwölf Jahren (1903), eine wichtige Novelle zum bestehenden Berggesetz und eine neue Reichsversicherungsordnung, die 1911 in Kraft trat. Eine Vorlage zur Errichtung von Arbeiterkammern kam nicht zum Zuge. 1908 wurde ein „Reichsvereinsgesetz“ beschlossen, das in Einzelheiten Verbesserungen

gegenüber den bisher bestehenden Zustände» enthielt. Die Sozialdemokratische Partei und das Zentrum stimmten aber grundsätzlich gegen das Gesetz, weil es noch immer kein allgemeines Koalitionsrecht (z. B. auch für die Landarbeiter) vorsah und weil es die gewerkschaftliche Werbung unter den vielen fremdsprachigen Arbeitern im Reich durch die Vorschrift erschwerte, daß in öffentlichen Versammlungen nur Deutsch gesprochen werden dürfe; die Polizei hatte noch immer zu große Überwachungsbefugnisse u.a.m. *Dr. Born* hat in seiner Habilitationsschrift alle diese Dinge sehr ausführlich geschildert und dabei die Rolle des Staatsapparates, insbesondere auch die bedeutsame Rolle des Bundesrates, ferner die Erwägungen der einzelnen Parteien, der Wirtschaftsgruppen sowie der Kirchen herausgearbeitet. Auch die sogenannten Katheder-sozialisten als Bahnbrecher sozialpolitischer Reformen und die Tätigkeit des Vereins für Sozialpolitik sind eingehend gewürdigt worden. Ein besonderes Verdienst ist es, daß zu dieser Arbeit neben sonstigen einschlägigen Quellen viele ungedruckte Dokumente aus den Staatsarchiven verschiedener Bundesländer ausgewertet wurden, und daß die Sozialpolitik stets im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Spannungen und der gesamten Innenpolitik gesehen wird. Die äußerst interessante Arbeit zeigt, daß wissenschaftliches Forschen und eigener Standpunkt sehr wohl vereinbar sind. Die Anschaffung und Lektüre des Buches ist sowohl wegen des sozialpolitischen Inhaltes wie auch um der vorbildlichen Aufdeckung wichtiger Zusammenhänge willen zu empfehlen. Irmgard Enderle

BERNHARD VOLLMER

VOLKSOPPOSITION IM POLIZEISTAAT

Gestapo- und Regierungsberichte 1934—1936. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1957. 400 S., Brosch. 26,— DM, Ln. 32,— DM.

In den westeuropäischen Ländern, vor allem in Holland und Frankreich, hat die Erforschung der Resistance eine ausgesprochen politische Integrationsfunktion. Dort wird versucht, das neue Nationalgefühl aus dem Kampf und dem Leiden der Widerstandskämpfer abzuleiten. Nichts von dem in der Bundesrepublik. Die wenigen Veröffentlichungen leiden fast alle an dem außerordentlichen Mangel an Informationen über die Verhaltensweisen der breiten Bevölkerungsschichten, einfach, weil es kaum Vorarbeiten auf dem Gebiet gibt. Deshalb ist die Gefahr bei uns besonders groß, allzu ausschließlich nur die Kombination der Spitzen von Bürokratie, Militär, Kirchen, Gewerkschaften usw. als „den deutschen Widerstand“ anzusehen und auf die Handlungen der vielen unbekannteren Zehntausende nicht zu achten. Schon aus diesem Grund ist die Veröffentlichung der Lageberichte der politischen Polizei im Regierungsbezirk Aachen zu begrüßen, weil aus diesen vom März 1934 bis April 1936 reichenden

Dokumenten die Verankerung des Widerstands in breiten Schichten des Volkes deutlich hervorhebt.

Um aber die in dem Buch mitgeteilten Tatsachen richtig würdigen zu können, muß sich der Leser zwei den allgemeinen Aussagewert verringende Einschränkungen vergegenwärtigen: Zunächst einmal ist der Bezirk Aachen weder der konfessionellen noch der ökonomischen noch der politischen Struktur nach repräsentativ für das Deutsche Reich der dreißiger Jahre. Bei dem überragenden Einfluß der katholischen Kirche auf das gesellschaftliche und politische Leben mußten sich dort die stärksten Reibungen zwischen dem nationalsozialistischen Staat und der katholischen Kirche ergeben. Außerdem bot sich das mannigfaltige katholische Vereinsleben den früheren Zentrumskräften als gegebene Fortsetzung ihrer Aktivität an — eine Möglichkeit, die 2. B. von der Arbeiterbewegung nirgendwo in diesem Ausmaß ergriffen werden könnte, einfach deshalb, weil das Vereinsleben der Arbeiterbewegung gleich nach der Machtergreifung zerschlagen worden war.

Die zweite Einschränkung muß gegenüber Polizeiberichten im allgemeinen gemacht werden. Polizeiberichte zeichnen sich fast immer durch mangelndes Verständnis für soziale und ideologische Fragen aus. Aber weiter noch: Die Polizei kann nur berichten, was ihr bekannt ist. Sie wird immer mehr über legale Institutionen — wie in unserem Fall die Kirche — berichten, als über illegale Gruppen, aus dem einfachen Grund, weil sie die Vorgänge in legalen Institutionen besser kennt.

Alle von Vollmer mitgeteilten Dokumente erhärten die These, daß es sich in diesem täglichen Kleinkampf zwischen der katholischen Kirche und dem totalitären Staat von der Kirche aus um die Verteidigung des eigenen institutionellen Raums und der Glaubenswahrheiten gehandelt hat. Sinngemäß trifft das gleiche für die evangelischen Kirchen zu. Ging die Auseinandersetzung darüber hinaus und wurde echt politisch, dann handelte es sich um eine fast ungewollte Zwangsläufigkeit, die sich aus dem Versuch des totalitären Staates, sich alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu unterwerfen, ergeben mußte; mit dieser Feststellung soll natürlich nicht der Mut von Männern wie Galen oder Lichtenberg herabgesetzt werden.

Die Darstellung der Entwicklung im Lager der Arbeiterbewegung leidet vor allem daran, daß den Polizeiberichterstattern aber auch jedes Verständnis für die Arbeiterbewegung fehlte. Sie vertreten die alte Polizeithese, alle Unruhe werde von Hetzern aus dem Ausland hervorgerufen. Die wirklichen Ursachen begreifen sie nicht im geringsten. Abgesehen vom Gesinnungsterror spielte die außergewöhnlich schlechte soziale Lage etwa der Weber im Raum Aachen eine nicht zu unterschätzende Rolle; im August 1934 betrug der Wochenlohn 24,52 RM (S. 90)! Aus eigener längerer Beschäftigung mit den Fra-

gen des deutschen Widerstandes weiß der Rezensent, daß im Bezirk Aachen erheblich mehr an illegaler Arbeit von den Arbeiterparteien geleistet wurde, als aus diesen Berichten hervorgeht.

Insgesamt bildet diese Veröffentlichung des Instituts für Zeitgeschichte, München, einen wertvollen Beitrag zur Erforschung des deutschen Widerstandes. Die Besprechung kann jedoch nicht abgeschlossen werden, ohne dem Herausgeber einige bedenkliche Nachlässigkeiten im Anmerkungsapparat in Erinnerung zu bringen. In einem Dokument auf S. 242 wird berichtet, die „Sozialistische Aktion“, das illegale Blatt des Parteivorstandes der SPD, werde seit dem Mai 1934 im Raum Aachen in das Reich eingeschmuggelt. Nach der von Vollmer aufgestellten Bibliographie erschien die Zeitschrift aber nur vom Juli 1935 bis zum Jahr 1936! Hier hätte die Benutzung der beiden auf diesem Gebiet wertvollsten Darstellungen, dem im Jahr 1952 im gleichen Verlag erschienenen Buch von *E. Matthias*, Sozialdemokratie und Nation, und der 1956 in Amerika erschienenen Arbeit von *L. Edinger*, *The German Exile Politics*, diese und ähnliche Pannen verhütet. Als sehr bedenklich aber muß man die kurzerhand vorgenommene Beförderung des verstorbenen Ehrenvorsitzenden der französischen Radikalsozialisten, Herriot, zu einem „französischen Kommunistenführer“ bezeichnen (S. 389).

Für die wissenschaftliche Erforschung des deutschen Widerstandes wäre die Veröffentlichung der aufschlußreichsten Dokumente der Gestapo selber unerlässlich (die monatlichen bzw. vierteljährlichen Lageberichte aus dem gesamten Reich), die allerdings ergänzt werden müßten durch die Publikation aller noch erreichbaren illegalen Materialien und Prozeßunterlagen, z. B. des großen Wuppertaler Gewerkschaftsprozesses aus dem Jahr 1936. Mancherlei Fehlinterpretationen der Haltung der deutschen Arbeiterschaft im Dritten Reich würden dadurch eindeutig widerlegt werden.

Dr. Kurt Kliem

CZESLAW MILOSZ

VERFÜHRTES DENKEN

Mit einem Vorwort von Karl Jaspers. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 240 Seiten, Leinen 8,50 DM

In der Literatur über den Kommunismus nimmt das Buch von Milosz eine besondere Stellung ein. Der Autor, der noch bis vor wenigen Jahren die polnische Volksdemokratie in verantwortlicher Tätigkeit vertrat und in seiner Heimat bedeutende Anerkennung als Schriftsteller genießt, untersucht in ihm die Rolle des Intellektuellen in der kommunistischen Welt. Das Buch ist frei von Haß, es versucht vielmehr mit großer innerer Souveränität das geistige Phänomen des Kommunismus zu verstehen und sein bezwingendes Wirken auf die Menschen zu

ergründen. Kein Gegner des Kommunismus kann in dieser Untersuchung Argumente finden, die sich zu leichter Anwendung in der öffentlichen Propaganda eignen, das Gericht, unter das sich der Kommunismus gestellt sieht, wird zugleich zum Gericht der westlichen Welt, deren Werte und Traditionen nicht mehr glaubhaft gemacht werden können.

Der Kommunismus trifft auch in Polen eine Intelligenzschicht an, die in ihrer Mehrheit seit langem alle festen Glaubensüberzeugungen verloren hat und ihrer nihilistischen Freiheit überdrüssig geworden ist. Die neue Wahrheit aber gibt dem Leben einen Sinn zurück, der auch in seinen Widersprüchen die Existenz besser zu tragen weiß als das bare Nichts. „Nehmen wir also an — denkt der Ost- und Mitteleuropäer —, der Westen ist unbestreitbar überlegen in seiner Produktionskapazität, in seiner Technik und der Mechanisierung der Arbeit. Was aber geht in den Köpfen der Massen vor sich? Was denkt der Westen? Liegt er nicht in einem geistigen Schlaf, und wird beim Erwachen nicht der Stalinismus seine einzig mögliche Form sein? Fehlt nicht den Massen jeglicher Glaube? Ohne Zweifel. Ist nicht in ihnen eine innere Leere? Gewiß ist es so. Und füllt man diese Leere nicht mit Chauvinismus, Kriminalromanen, künstlerisch wertlosen Filmen aus? Was hat uns also der Westen zu bieten? Freiheit von etwas, das ist viel, aber es ist zuwenig, ist viel weniger als Freiheit zu etwas.“

Hier wird der neuralgische Punkt in der Auseinandersetzung erkennbar. Es genügt nicht, mit einigen Phrasen von Christentum und abendländischer Zivilisation den eigenen Standort zu verteidigen, während der Mensch in der Welt des Spätkapitalismus seiner äußersten moralischen Selbstentfremdung verfällt. „Treibt man sie in die Enge und zwingt sie, klar zu formulieren, so würden sie wohl antworten: Wir wollen ein System, in dem die Wirtschaft sozialistisch wäre, ohne daß der Mensch unter dem Würgegriff der Methode hilflos zappeln müßte. Sie warten auf ein Zeichen, daß kulturelle Werte auch außerhalb der Methode entstehen können. Es müßten das dauerhafte Werte sein, Werte nach dem Maßstab der Zukunft, also nicht solche, die einer überlebten Bewußtseinshaltung entspringen, denn sollte es nur solche geben, dann wäre das der Triumph und die Bestätigung der Methode.“ Gibt es eine bessere Formulierung unserer Aufgabe, als wie sie hier im Osten für uns vollzogen wird? In dem Buche von Milosz geht es nicht um eine einfache Verteilung der Gewichte, es geht um die Grundfragen unseres Lebens, in denen uns alles abverlangt wird.

Man kann diese Publikation einem selbstkritischen Leserkreis nur empfehlen; sie erweist ihren Autor als einen Schriftsteller von Rang und als einen wahren Humanisten.

Dr. Heinz-Joachim Heydorn

MAX G. LANGE
WISSENSCHAFT
IM TOTALITÄREN STAAT

Band 5 der Schriften des Instituts für politische Wissenschaft, mit einem Vorwort von O. Stammer. Ringverlag Stuttgart und Düsseldorf, XVII und 295 Seiten, 18 DM.

Nach der öffentlichen Verurteilung des „Stalinismus“ auf dem zwanzigsten Parteitag der KPdSU ist die Lektüre des Buches von Lange von erhöhtem Wert und Reiz. Wenn hier auch nur ein Teilaspekt des Stalinismus untersucht wird, nämlich sein Einfluß auf die Wissenschaft, insbesondere die der sowjetischen Besatzungszone, so ist gerade die Darstellung dieses Teilproblems von Wichtigkeit. Sinn und Methoden großer Wissenschaftsbereiche, vor allem der Geistes- und Sozialwissenschaften, sind weitgehend noch im Zustand der kritischen Klärung und entbehren damit strenger Verbindlichkeit, so daß sich hier leicht wissenschaftsfremde Einflüsse verwirrend und destruktiv bemerkbar machen können. Es ist daher gar nicht so leicht nachzuweisen, wie unwissenschaftlich die sowjetische Ideologie ist, die sich selbst das Prädikat „wissenschaftlich“ an erster Stelle anmaßt. Es bedarf einer methodisch wie inhaltlich sehr souveränen Darstellung, um das ideologische Knäuel des Stalinismus zu entwirren und damit seine Wurzeln und Tendenzen bloßzulegen. Daß der Autor diese Fähigkeit in hohem Maße besitzt, wurde schon nach Erscheinen seines Buches „Totalitäre Erziehung. Das Erziehungssystem der Sowjetzone Deutschlands“ vielseitig anerkannt. Hier ist ein neuer Beweis, der auch durch die Breite des behandelten Stoffes beeindruckt: Philosophie, Staatswissenschaft, Geschichte, Nationalökonomie, Sprachtherorie, Naturwissenschaften, Logik, Hochschulwesen sind Stichworte, welche die wesentlichen Schwerpunkte der Stoffgliederung kennzeichnen.

Der besondere Wert dieses Buches in der heutigen Situation liegt darin, daß es die angekündigten ideologischen Wandlungen in der östlichen Welt zuverlässig zu beurteilen gestattet. Es wird deutlich unterschieden zwischen dem Kern „Marxismus-Leninismus“, an dem auch heute im Sowjetbereich festgehalten wird, und den „Ergänzungen“ und „Weiterentwicklungen“ der Stalin-Ära, die nun mehr oder weniger deutlich verurteilt wurden. Wer wissen will, was mit dem „Stalinismus“ verurteilt wurde, findet in dem Buch von Lange zuverlässige Antworten. Die ideologische Unsicherheit, die im sowjetischen Machtbereich mindestens für eine gewisse Übergangszeit zu erwarten ist, gibt dem Westen die Chance zu vermehrter und wirksamer Kritik. Diese Chance kann nur genutzt werden, wenn die oft vorhandenen vereinfachten Klischeevorstellungen über die im anderen Teil der Welt vorhandenen Zustände und Kräfte durch differenziertere und zutreffendere ersetzt werden. Wer sich im Interesse freiheitlicher Lebens- und

Denkformen mit der totalitären Gedankenwelt auseinandersetzt, sollte dieses Buch zu Rate ziehen. Darüber hinaus lassen sich aus dieser speziellen Ideologiekritik auch allgemeinere Einsichten gewinnen für eine kritische Beschäftigung mit ideologischen Verschleierungen, wo und wann sie auch auftreten.

Wenn der Autor auf den letzten Seiten darauf hinweist, daß die bisherige Ideologie des Ostens gleichzeitig eine „deformierte Wissenschaft als auch eine deformierte Religion“ ist, die aber an „Einheitlichkeit, Geschlossenheit und Universalität alle anderen Ideologien weit überragt“, so entläßt er den Leser nicht mit dem Gefühl eines billigen Optimismus oder einer sorglosen Überlegenheit, vielmehr mit dem Bewußtsein, daß gerade auch dann die geistigen Waffen scharf gehalten werden müssen, wenn die Welt in die Phase einer „friedlichen Koexistenz“ eintreten sollte. *Dr. Werner Stein*

LORENZ KNORR
GEDANKEN ZUR SOZIALISTISCHEN
ERZIEHUNG

Verlag Schaffende Jugend, Bonn,
170 Seiten, Leinen 5,80 DM.

Als eine Aufforderung zur Diskussion stellt Knorr eine Reihe von Gedanken heraus, ausgehend von der Ansicht, daß eine Institution nur dann mit Leben erfüllt werden kann, wenn die Menschen der gleiche Geist beseelt, aus dem heraus die Institution geschaffen wurde. Der Sozialismus erschöpft sich selbst für viele Sozialisten im rein Institutionellen; sie erkennen nicht die seelisch-geistigen Kräfte, deren auch eine sozialistische Gesellschaft nicht — und sie

am wenigsten — entraten kann. Das Ziel des Sozialismus, die Vernichtung des Menschen als geistiges Wesen zu verhindern, ist weitgehend nur auf dem Boden der Pädagogik zu erreichen. Der Kampf um verkürzte Arbeitszeit z. B. kann nur dann am Ende erfolgreich im Sinne des Sozialismus sein, wenn zugleich die sinnvolle Verwendung der gewonnenen Freizeit — bei Wahrung aller persönlichen Entscheidungsfreiheit — anerkundet wird.

Knorr setzt sich mit dem Menschen-, Gesellschafts- und Erziehungsbild des Liberalismus, Katholizismus und Bolschewismus auseinander. Er schildert die Aufgaben der verschiedenen Erziehungsträger und erläutert die einzelnen Erziehungsziele des Sozialismus.

Der Verfasser trägt viel zur Klärung des Sozialismus-Begriffs bei, wenn er schreibt: „Der Sozialismus ist eine Lebensordnung, die ohne bestimmte Menschentypen ein nicht zu verwirklichender Traum ist. Diese Menschentypen stehen im Gegensatz zu dem Zerrbild des entwurzelten, unwissenden, egoistischen, in seiner Entfaltung eng begrenzten Menschen, den uns die gegenwärtige Lebensform als Erbe hinterlassen hat. Die Sozialisten wollen zwar keine Engel aus den Menschen machen; aber sie wollen all das, was in ihnen an positiven Kräften angelegt ist, zur vollen Entfaltung bringen, und sie wollen ihnen all jene Aufgaben zueignen, die ihnen das Leben in einer modernen Gesellschaft bringt.“

Lorenz Knorr erwartet eine breite Diskussion. Sie ist ihm zu wünschen, und darüber hinaus viele mutige Versuche in der Praxis.

Wolf Donner